

Amerikas Entschliebung fällt, wir führen die Seesperre durch bis zum siegreichen Ende des Krieges. (Beifall.) Der Krieg hat sich zugespitzt zu einem Duell zwischen Deutschland und England. Im Westen werden sich unsere Feinde die Köpfe einrennen. Unser Vertrauen in die U-Bootwaffe ist glänzend gerechtfertigt. Inwiefern die Verantwortung für das, was in Russland geschehen ist, auf England fällt, ist noch nicht zu erkennen. Falsch ist es, daß Deutschland den Zarismus gestürzt habe. Der Ausgang der russischen Dinge ist völlig unklar. Wir enthalten uns jeder Einmischung in fremde, innerpolitische Dinge. Das gilt auch für Russland. Neben der Freiheit zur See dürfen wir den Weg nach Osten und Südosten niemals außer Acht lassen. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn bleibt für uns Lebensnotwendigkeit. Geseget sei, wer zuerst den Wegweiser des Friedens aufnimmt. Jetzt aber heißt es noch durchkämpfen, bis wir uns den großen Aufgaben des Friedens widmen dürfen.

Abg. Noske (Soz.): Die Staatsmänner der feindlichen Länder wollen noch nichts vom Frieden wissen. Deshalb muß die ausgelegte Anleihe größten Erfolg haben. (Beifall.) Die lautesten Schreier nach der Annexion Belgiens sind stiller geworden. Man will sich jetzt mit der Befreiung der Völkern begnügen. Die Umstände, unter denen man China gegen Deutschland gehebt hat, sind ein toller Scherz der Weltgeschichte. Der Konflikt mit Amerika nimmt an Schärfe zu. Der Zimmermann-Vrief nach Mexiko war kein Weisheitswort. In Russland wird befürchtet, Deutschland könne bei der Wiederherstellung des russischen Zarismus mithelfen. Der Reichskanzler muß erklären, daß Deutschland nicht daran denkt. Der Aufbruch der russischen Sozialisten ist von der militärischen Zensur verboten worden. (Beifall der Soz.) Es scheint keine Klarheit und Dummheit zu groß zu sein, die man nicht begehrt. Falls in Russland die Stimmung für einen raschen Frieden wächst, dann erwarten wir, daß die Regierung nichts unterläßt, um ihn zu ermöglichen. Die Medien im Herrenhause waren ein Triumph der Feinde Deutschlands. Die Entente hat der deutschen Sozialdemokratie schon oft empfohlen, Resolution zu machen. Die Befolgung dieses Rates hätte Deutschlands Niederlage, Not und Elend für uns bedeutet. Was wir in Deutschland zu tun haben, wissen wir selbst. Eine großzügige Tat des Reichskanzlers zur Reform des Wahlrechts würde den besten Eindruck machen.

Abg. Müller-Meinungen (Hörsch. Sp.): Das russische Volk will offenbar den Frieden, aber die englischen Drahtzieher in Petersburg nicht. Die deutsche Regierung sollte daher erklären, daß sie nicht daran denkt, den Zarismus zu unterwerfen. Die amerikanische Regierung weiß, daß die Seesperre eine unabhängige Tatsache ist. Die feudale Weisheit des preussischen Herrenhauses hat dem deutschen Volk den Feldbezugsantrag hingeworfen. Selbst das Abgeordnetenhaus erscheint diesen Herren als revolutionärer Wohlfahrtsausschuß. Sehr wertvoll ist die engere Fühlungnahme der Parlamente. Hier hat der Reichstagspräsident ein besonderes Verdienst sich erworben. Selbst der Kriegsminister sprach von Grausamkeiten des Reichsstrafgesetzes. Der preussische Hochadel hatte sich und verständnislos an seinen Vorrechten fest. Die Erklärungen des Kanzlers im Abgeordnetenhaus bänden auch die Krone und jeden Nachfolger des Reichskanzlers. Die politische Zensur behände ärgere als je. Das Versteckspiel sei ein verwerflicher Papierstreifen geworden. Nichts habe uns im Ausland mehr geschadet als die Ausschreitungen einer ungezügelter Militärgewalt. Wir müßten das deutsche Haus durch freiheitliche Reformen wesentlich gestalten. Am deutschen Wesen sollte doch einmal die Welt genesen.

Abg. Stresemann (natl.): Dem Jubel der Feinde über unsere Mächtig im Westen seien Klarheit und Besorgnis gefolgt. Wir bewahren vollkommene Furchtslosigkeit. Die U-Booterfolge erfüllten uns mit Freude. England drohe der Verlust seiner ganzen Handelsflotte. Die Hochstraßen des Welt Handels würden einsamer. Amerikas Kriegsstimmung beruhe auf Irreführung der öffentlichen Meinung. Deutschland denke nicht daran, das Judentum zu unterstützen, sondern könne Russland jede Freiheit.

Abg. Graf Westarp (Konf.) betonte, daß das Eingehen auf innerpolitische Fragen dem Lande nichts nütze. Die Wahlreformfrage sei eine innerpreussische Angelegenheit, in die der Reichstag sich so wenig einzumischen habe wie in innerpolitische Angelegenheiten Bayerns, Badens oder eines anderen Bundesstaates. Der Kampf um eine Wahlreform würde auch unsere Kräfte zersplittern.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg: Vorweg liegt mir daran, im Namen der verbündeten Regierungen dem Reichstag zu danken, für die glatte und schnelle Erledigung der Steuervorlagen. Der Reichstag hat sich mit dem heutigen Anleihebeschluss ein neues Verdienst um unser Land erworben. Er hat ein weitestgehendes Kriegsmittel herbeigeführt, das uns mit weiterer Furchtslosigkeit erfüllt. Die weltgeschichtlichen Vorgänge in Russland stehen an der Spitze der Ereignisse. So weit wir hier erkennen können, ist Kaiser Nikolaus das Opfer eigener tragischer Schuld geworden. Eine von jeher von unseren Gegnern beliebte Legende ist es, daß es die deutsche Regierung gewesen sei, die das reaktionäre autokratische Regime in Russland gegen jede freiheitliche Bewegung unterstützt habe. Als Russland im Jahre 1905 durch Japan und die darauffolgende Revolution in ernste Not gestürzt war, war es der Kaiser, der dem Zaren Nikolaus auf Grund des persönlichen Freundschaftsverhältnisses dringend geraten hat, sich den berechtigten Wünschen seines Volkes nicht länger zu widersetzen, also das genaue Gegenteil von dem, was auch jetzt wieder zu sehr durchsichtigen Zwecken behauptet wird. Zar Nikolaus ist andere Wege gegangen. Die Stellung zu den jetzigen russischen Vorgängen ist uns klar vorgezeichnet. Wir werden auch weiter den Grundjahrs befolgen, uns in die inneren Verhältnisse fremder Länder nicht einzumischen. (Beifall.) Trägt die Neuordnung der Dinge dazu bei, die Wiederherstellung der beiden auf gute Freundschaft angelegenen Staaten zu erleichtern, so begrüßen wir das mit Freude. (Beifall.) Wir haben unter den Sünden des alten Russland, das Serbiens Mordeanschlag gegen Österreich-Ungarn ge deckt, im Juli 1914 gegen uns mobil gemacht und das im Dezember 1916 als erster unserer Feinde unser Friedensangebot schände abgelehnt hat, selbst genug gelitten. Das russische Volk, das diesen Krieg gelobt nicht gewollt hat, kann ohne Sorge von irgendwelcher Einmischung von unserer Seite sein. Wir begehren nichts anderes, als glücklich bald wieder in Frieden mit ihm zu leben. (Lebhafter Beifall.) In einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist.

Meine Herren! In den nächsten Tagen versammeln sich die Vertreter des amerikanischen Volkes, die vom Präsi-

ten Wilson zu einer außerordentlichen Sitzung des Kongresses zusammenberufen sind, um über die Frage, ob Krieg oder Frieden zwischen den Amerikanern und dem deutschen Volke, zu entscheiden. Deutschland hat niemals die geringste Absicht gehabt, Amerika anzugreifen, und hat diese Absicht auch heute nicht. Es hat niemals den Krieg mit Amerika gewünscht, ebensowenig, wie es dieses heute tut. Englands Blockadepolitik, daran möchte ich ausdrücklich in diesem Augenblick erinnern, ist von dem Präsidenten Wilson selbst und von Staatssekretär Lansing als ungesetzlich und nicht zu verteidigen (Sehr richtig!) bezeichnet worden. (Hört! Hört!) England hat seine ungesetzliche und nicht zu verteidigende Blockadepolitik nicht nur nicht aufgegeben, sondern andauernd verschärft. Es hat in Gemeinschaft mit seinen Verbündeten unser Friedensangebot hochmütig abgewiesen und Kriegsziele verkündet, die auf unsere und unserer Verbündeten Vernichtung hinauslaufen. Da haben wir zu dem unbeschränkten Unterseebootkrieg gegriffen, da mußten wir zu ihm greifen. Sieht hierin das amerikanische Volk einen Grund, dem deutschen Volke, mit dem es über hundert Jahre im Frieden gelebt hat, den Krieg zu erklären, will es damit das Blutvergießen vermehren? Wir sind es nicht, die die Verantwortung dafür tragen. Das deutsche Volk, das weder Haß noch Feindschaft gegenüber Amerika empfindet, wird auch dies zu ertragen und zu überwinden wissen. (Bravo!)

Meine Herren! Die chinesische Regierung hat ihre Beziehungen zu uns abgebrochen. Der chinesische Gesandte hat seine Pässe verlangt. Unsere Beziehungen zu China sind stets der freundschaftlichsten Natur gewesen, und wenn die Beziehungen jetzt ein Ende gefunden haben, so brauche ich Ihnen nicht zu sagen, daß hier nicht ein freier Entschluß der chinesischen Regierung vorliegt, sondern daß sie nur unter dem Druck unserer Gegner gehandelt hat. Für unsere Gegner handelt es sich darum, unseren Handel auch in China zu zerstören und sich das mühelos anzueignen, was deutscher Fleiß und deutsche Tätigkeit sich dort in Jahrzehnten geschaffen haben. Der Kriegsausgang wird, wie ich bestimmt hoffe, uns die Möglichkeit bieten, das zerstörte, und zwar auf Kosten unserer Feinde, dort neu aufzubauen. (Bravo!) Dann werden auch unsere freundschaftlichen Beziehungen zu China wieder aufleben, und ich möchte nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß China die nötige Widerstandskraft gegen die Jagdier und den Eigenart seiner jetzigen Beschäuer sich bis dahin bewahren wird. (Bravo!)

Meine Herren! Unseren Berichtsrichtern über die militärische Lage habe ich wenig hinzuzufügen. An unserer Front kommen größere Operationen nicht in Frage. Schon die Jahreszeit und die grundlosen Wege würden eine größere Offensive verbieten. An der Westfront verläuft die rückwärtige Bewegung planmäßig und führt zu einer täglich wachsenden Operationsfreiheit. Das ganze Volk wird dafür unseren Truppen und der genialen Führung des Feldmarschalls Hindenburg und des Generals Ludendorff seinen Dank wissen (Lebhafter Bravo!), alle anderen Fronten halten mit unermüdlicher Zähigkeit. Dafür liefert die magedonische Front, wo bulgarische und deutsche Truppen sich in der Abwehr französischer Truppen in glänzender Form gezeigt haben, ein Beispiel. (Bravo!) Ueber den Unterseebootkrieg hat der Staatssekretär des Reichsmarineamts, so viel ich unterrichtet bin, heute morgen im Hauptauschuß eingehende Ausführungen gemacht. Ich will meinerseits nur hinzufügen: der Unterseebootkrieg hat sich im März ebenso günstig entwickelt wie im Februar. (Beifall.)

Alle Herren Vorredner haben den größten Teil ihrer Ausführungen den Fragen der inneren Politik gewidmet. Ich werde nicht das gleiche tun. Ich bin diesen Ausführungen über die innere Politik mit voller Aufmerksamkeit gefolgt, enthielten sie doch manchen wertvollen und neuen Gedanken. Ich habe mich zu den Fragen der inneren Politik, aber den Geist, in dem ich diesen Fragen in Gegenwart und Zukunft gegenüberzutreten will, oft und ausführlich ausgesprochen. Zu Anfang des Krieges sind wir, glaube ich, ja ausnahmslos der Ansicht gewesen, daß diejenigen Fragen der inneren Politik, die eine Folge dieses Krieges sein müssen, für die Friedenszeit aufzuschieben sein werden. Wir waren der Ansicht, dieser Krieg würde nicht so lange Zeit von den Völkern ertragen werden können. Nun ist er unendlich in die Länge gewachsen, und so haben sich auch bei den einzelnen Parteien die Anschauungen über die Fragen der inneren Politik, über den Zeitpunkt ihrer Inangriffnahme in einzelnen Punkten ungewissheit gewandelt. Die Herren haben selbst hervorgehoben, daß wir in der Frage der Verfassungspolitik nach einer Mitteilung, die gestern die preussische Staatsregierung im preussischen Herrenhause gemacht hat, an dem Grundjah, alles hinauszuschieben bis auf die Friedenszeit, nicht mehr voll festhalten können, und so wird es möglich sein, daß auch Fragen, die zum Geschäftsbereich des Reichstags gehören, früher erledigt werden, als es uns ursprünglich vorgeschwebt hat. Aber, meine Herren, aus der Einsicht, was Ihnen am nächsten liegt, warum sich für Sie alles dreht, das ist die Reform des preussischen Wahlrechts, und Sie verlangen, daß ich diese Reform sofort in Angriff nehme. Meine Herren! Ich habe im preussischen Abgeordnetenhaus, vor dem seinerzeit viele Frage zum Austrag zu bringen sein wird, vor kurzem die Überzeugung ausgesprochen, daß die inneren Kämpfe, welche um die Reform des Wahlrechts sein würden, dem Gebot der Stunde nicht gerecht würden, alle unsere Kraft auf die Abwehr des Feindes zu konzentrieren. Die Herren Sozialdemokraten sind anderer Ansicht. Ich habe aus den heutigen Reden der Herren Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei entnommen, daß auch sie dem Gedanken jetzt näher zuneigen. Mir scheint, bei der ganzen Frage sollte doch der Gedanke nicht vergessen werden, daß es ein eigenes Ding ist, ein staatliches Fundament, wie das Wahlrecht zu ändern, zu einer Zeit, wo Millionen Männer, deren Wahlrecht geändert werden soll, in den Schützengräben sind. (Zuruf links; Zustimmung rechts.) Wenn ich das einmal praktisch ausdrücken soll: soll ich einen Wahlkampf herbortreiben, während die große Zahl der Wähler da draußen im Felde ist. Der Abgeordnete Noske scheint da allerdings ein einfaches Rezept herausgefunden zu haben. Wenn ich ihn recht verstanden habe, wenn die Regierung und der preussische Landtag sich nicht einigen können über die Reform des Wahlrechts, dann sollte die Regierung er trohern. Aber ob ein Zeitpunkt, wo ein Volk um seine Existenz ringt, der richtige sein würde, einen solchen Plan durchzuführen, das wage ich zu bezweifeln. (Zustimmung rechts.) Ich gebe Ihnen das gewiß zu, und ich habe den Gedanken auch neulich im preussischen Abgeordnetenhaus aus-

gesprochen. Ich habe da gesagt, es wäre mir ja am liebsten, wenn ich die Reform morgen machen könnte. Aber ich habe doch, Sie werden mir darin recht geben, daß in diesem Moment, wo der Krieg auf seinen Höhepunkt gestiegen ist, wo es sich darum handelt, alle und die letzten Kräfte heranzuziehen, daß ich da ganz nüchtern abwägen muß, ob die Vorteile einer sofortigen Inangriffnahme einer solchen Reform größer sind, als die Nachteile, die unbedingt mit ihr verbunden sind. Und wenn ich gezwungen bin, diese nüchternen Erwägungen anzustellen, der Einsatz, um den dieser Krieg geht, ist viel zu gewaltig, als daß man sich von Stimmungen hinreißen lassen dürfte. Wenn ich so denken muß, so ist es ungerecht und unrichtig, mir vorzulegen, daß ich ein Politik der Stagnation treibe. Ich muß dem Volk, in Krieg zu einem glücklichen Ende zu führen, sowohl mein Handeln, wie mein Unterlassen unterstellen. (Sehr richtig, rechts.) Das ist meine Stagnation. Es mag manchen leidenschaftlichen Heldherrs geben, der von einer Offensive spricht, weil sie der gesamten Kriegführung schaden würde, und so, meine Herren, habe ich mich bis zur Stunde auch damit, die heutigen Ausführungen nicht überzeugen lassen. (Hört! Hört! links.) Sie rufen Hört! Hört! Ich glaube, meine Überzeugung gesprochen zu haben, und Ihnen die Gründe für meine Überzeugung einfach und ohne jede Vorurteilnahme dargelegt zu haben. Wenn ich mir nicht davon überzeugen kann — und ich kann es bis zur Stunde nicht —, daß es den Interessen meines Vaterlandes wäre, diese Reform unmittelbar in Angriff zu nehmen, dann muß ich davon Abstand nehmen, bis ich zu der Überzeugung gelangt sein werde. (Zuruf: Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit...) Meine Herren! Diesen Zurs habe ich mir selbst gemacht. Ich nehme sehr ernst und Sie, die Sie doch für Toleranz eintreten sollten auch vor der ehrlichen Überzeugung eines anderen Mannes Achtung haben, so gut wie ich vor der ehrlichen Überzeugung, die bei Ihnen wohnt, volle Achtung empfinde. Meine Herren! Es war ja natürlich, daß heute, wo die Fragen der inneren Politik von verschiedenen Standpunkten aus besprochen wurden, die Meinungen zum Teil auseinandergefallen sind. Ich kann mit dem Zweifel über nicht zurückhalten, ob es in der gegenwärtigen Situation richtig ist, seinem Temperament, wie es bei einigen Herrn Rednern geschehen ist, in einer Weise die Zügel schlenken zu lassen, welche die Überzeugung anderer Parteien verletzen muß. (Zuruf rechts.) Ich meine, wir sollten diesen Gegenstand des politischen Kampfes uns aufheben, bis zu der Zeit, wo wir wieder mit aller Sicherheit in unsere zukünftige Leben hineinschauen können. Meine Herren, es gibt in jeder großen Nation bedeutende Lebensmomente, und das deutsche Volk hat noch kein größeres Lebensmoment durchlebt als den jetzigen, wo zugleich die einander entgegen gesetzten Meinungen wieder einander hin- und herlaufen, namentlich dann, wie es jetzt der Fall ist, wo so gewaltige Kräfte nach neuem Regime drängen. Aber es kommt das darauf an, daß über den Meinungsunterschieden der Standpunkt der Einheit erhalten bleibt. Und diese Einheit bewahrt sich täglich und stündlich so fest und so unerschütterlich in den Feldentaten unserer Krieger, daß der Wille und die Zuversicht, unser Vaterland zum Siege zu führen, uns immer wieder zusammenbringen muß, und uns damit, so Gott will, unüberwindlich zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Berner-Giesen (D. Fr.): Wir würden uns freuen, wenn wir zu dem neuen Russland zu dauernden, friedlichen Beziehungen kämen. An dem Unterseebootkrieg darf nichts geändert werden. Die Haltung des Reichstages Gerad war sehr sonderbar.

Staatssekretär Zimmermann: Die Vorwürfe gegen den Reichstagspräsidenten Gerad beruhen auf Grundgebungen, gegen ihn gegründeten Wahrheitsbundes. Alles hat sich als grundlos erwiesen, so auch eine Geschichte über angeblich falsche Pässe an Engländer. Ich mußte dem Reichstagspräsidenten natürlich mit der ihm gebührenden Achtung entgegenkommen.

Abg. Dr. Berner-Giesen (D. Fr.): Ein Dementi ist nicht erfolgt, die Vorwürfe sind nicht widerlegt.

Staatssekretär Zimmermann: Ich müßte den Reichstagspräsidenten freundlich behandeln, da uns an guten Beziehungen nach Amerika, mit dem wir aufrichtig gute Beziehungen zu unterhalten wünschten, und mit dem wir einen Bruch vermeiden wollten, gelegen war.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 10 Uhr verlagert; außerdem Herabsetzung der militärischen Rindschaffen.

Des Kaisers Dank

W.B. Berlin, 31. März. Der Kaiser hat dem Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt:

Mein lieber Bethmann!

Ich danke Ihnen für die Meldung von der Annahme der neuen Steuern durch den Reichstag, der sich damit im Unternehmen der Verbündeten Regierungen von neuem zu dem Grundjah bekennt, daß für dauernde Ausgaben laufende Einnahmen zu schaffen sind. So bleiben die soliden Grundlagen unserer Finanzen auch während des Krieges erhalten. Insbesondere werden die Mehrausgaben für die Kriegskosten der Kriegsanleihen durch neue Einnahmen gedeckt. Durch die Bewilligung der neuen Steuern hat der Reichstag wiederum aller Welt kundgegeben, daß das deutsche Volk alle Kräfte willig auf sich nimmt, die erforderlich sind, um unseren Daseinskampf siegreich zu beenden. Eine glückliche und sichere Zukunft unseres geliebten Vaterlandes wird alle Opfer lohnen. Das ist meine unerschütterliche Zuversicht. Gott mit uns. Wilhelm I. R.

Gleichzeitig sprach der Kaiser dem Staatssekretär des Reichsschatzmeisters Grafen Roederer Dank und warmen Glückwünsche zu dem schönen Erfolg aus.

Freistimmen zur Kanzlerrede.

Die „Arcus-Zeitung“ begnügt sich mit der kritischen Frage, ob nicht gerade die Rede des Herrn v. Bethmanns vom 14. März im Abgeordnetenhaus die leidenschaftlichen Erörterungen über das preussische Wahlrecht heraufbeschworen habe. Die „Post“ betont des Kanzlers festen Willen, der Vinken (S) nütze zu tun, und bemerkt dann:

Am Festhalten an der einmal getroffenen Wahl des Zeitpunktes aber, an dem die verschiedenen Reformen beginnen sollen, zeigte er sich beharrlicher denn je. Hier kämen also Differenzen, — wenngleich der Kanzler alles aussetzt, um sie durch Freundlichkeit der Form, durch freimütige Überzeugung zu überbrücken. — Versuche, die man schon, als der Kanzler gegen rechts in Bedröge lag, so sehr vermied. Doch vielleicht hat Herr v. Bethmann Hollweg gerade damals

Verantwortlich für die Schriftleitung Richard Dein, Bas. Land

